

STÄNDERAT

Aussenpolitische Kommission

Reise einer Delegation der Aussenpolitischen Kommission des Ständerates nach Spanien

24. bis 28. Oktober 1993

Bericht der Delegation vom 15. November 1993

Geht an:

- Den Bundesrat
- Den Präsidenten des Ständerates, Herrn Otto Piller
- Die Mitglieder der Aussenpolitischen Kommission des Ständerates und des Nationalrates
- Die Schweizerische Botschaft in Madrid



INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
I. EINLEITUNG	3
II. EINZELNE GESPRÄCHE	
1. Gespräch mit Herrn Fernando Carderera Soler, Vizegeneraldirektor und Herrn Santiago Martinez Caro, Stv. Vizegeneraldirektor Staatssekretariat für die Europäische Gemeinschaft, Aussenministerium	3
2. Gespräch mit Herrn José Maria Pons Irazazabal, Direktor des Internationalen Departements der "Presidencia del Gobierno"	5
3. Gespräch mit Frau Mercedes Rico Carabias, Generaldirektorin der Abteilung Aussenpolitik Europa (Aussenministerium)	7
4. Gespräch mit EFTA- und EG-Botschaftern	9
5. Gespräch mit Herrn Antonio Lladen Carratala, Subsecretario Ministerium für Oeffentliche Bauten, Transport und Umwelt	9
6. Gespräch mit Herrn José Bevia Pastor, Erster Vizepräsident der Deputiertenkammer des Kongresses	10
7. Treffen mit der Aussenpolitischen Kommission der Deputiertenkammer und der Gemischten EG-Kommission der Deputiertenkammer und des Senates	11
8. Gespräch mit Herrn Sieber, Vertreter des Schweizer Hoteliersvereins, des Wirteverbandes und des Baumeisterverbandes	13
III. SCHLUSSFOLGERUNGEN	14

Beilagen:

Beilage 1: Programm

Beilage 2: Pressemitteilung vom 29.10.1993

Beilage 3: Artikel NZZ vom 29.10.1993

Reise einer Delegation der Aussenpolitischen Kommission des Ständerates nach Spanien

24. - 28. Oktober 1993

Bericht der Delegation vom 15. November 1993

I. EINLEITUNG

Eine Delegation der Aussenpolitischen Kommission des Ständerates weilte vom 24. bis 28. Oktober 1993 in Spanien (Madrid). Die Delegation setzte sich wie folgt zusammen:

Die Herren Ständeräte Cavetty (CVP/GR), Präsident der Aussenpolitischen Kommission des Ständerates, Leiter der Delegation, Bloetzer (CVP/VS), Cavadini (L/NE), Onken (SP/TG), Rüesch (FDP/SG) und Schiesser (FDP/GL). Seitens der Bundesverwaltung nahm Herr Frunz, Diplomatischer Adjunkt, Politische Abteilung I, EDA, teil. Verantwortlich für die organisatorischen und materiellen Vorbereitungen war Frau Hutter, Parlamentsdienste, Fachdienst II.

Ziel dieser Informations- und Arbeitsreise war vor allem, die gegenseitigen Interessen und Anliegen im Bereich der europäischen Integration zu erörtern und sich an Ort und Stelle über die Stimmung gegenüber der Schweiz zu orientieren. Die Delegation hatte Gelegenheit, intensive und aufschlussreiche Gespräche mit Parlamentariern, Vertretern der Regierung und Verwaltung und Vertretern der schweizerischen Gemeinschaft in Spanien zu führen (siehe beiliegendes Programm).

Herrn Botschafter Schaller und den Mitarbeitern der Schweizerischen Botschaft in Madrid gilt ein besonderer Dank für die ausgezeichnete Vorbereitung und Durchführung des Besuches.

II. EINZELNE GESPRÄCHE

1. Gespräch mit Herrn Fernando Carderera Soler, Vizegeneraldirektor und Herrn Santiago Martinez Caro, Stv. Vizegeneraldirektor Staatssekretariat für die Europäische Gemeinschaft, Aussenministerium

Herr Alberto José Navarro Gonzalez, Generaldirektor, wird entschuldigt. Er musste zur Teilnahme am interinstitutionellen Treffen zur Vorbereitung des EG-Ministerrates vom 26.10.1993 betreffend die Europäische Union nach Brüssel reisen.

Im Mittelpunkt des Gespräches stehen die bilateralen Verhandlungen Schweiz-EG und die Beurteilung der Vorschage der EG-Kommission aus spanischer Sicht (Mitteilung der EG-Kommission vom 14.9.1993) sowie das Thema "Beseitigung von Altlasten".

Herr Cavely bemerkt einleitend, dass die Delegation des kleinen Landes Schweiz beschlossen hat, ihren ersten Besuch nach dem EWR-Nein vom 6. Dezember 1992 Spanien, als einem der grossen EG-Mitgliedstaaten, abzustatten. Die Schweiz hält an ihrem Ziel fest, nämlich keine Isolation sondern Annäherung an Europa zunächst mittels bilateralen Verhandlungen und als Endziel gemäss erklärtem Willen des Bundesrates Integration.

Herr Carderera führt aus, dass die Schweiz der zweitwichtigste Handelspartner der EG ist und als kleines Land grosses Gewicht hat. Die Schweiz hat mit der EG unter anderem auch dies gemeinsam: beide sind harte Verhandlungspartner ! Spanien hat von den 3 Optionen der Schweiz (bilaterale Verhandlungen, EWR-Beitritt, EG-Beitritt) Kenntnis genommen und ist zu Verhandlungen bereit. Eine spanische Delegation besuchte die Schweiz bereits Anfang 1993 (Besuch des Generalsekretärs für Europafragen, Herr Francisco Javier Elorza Cavengt, Bern, 21. - 22. Januar 1993).

Das EWR-Nein der Schweiz war für Spanien eine Enttäuschung, denn die Schweiz nahm im EWR eine zentrale und wichtige Rolle ein. Durch die Bestimmungen über die Freizügigkeit der Personen wäre die Stellung der Fremdarbeiter verbessert worden und die Gleichbehandlung - nach Ablauf der Uebergangsfristen - gewährleistet gewesen. So gut wie die Hälfte der Konzessionen im Agrarbereich wurde durch die Schweiz gemacht; die Liste der Kohasionsprodukte wäre primär Spanien zugute gekommen (NB: einseitige schweizerische Zollzugestandnisse auf 23 südländische Produkte).

Die "Altlasten" (NB: Ungleichbehandlung Spaniens im Vergleich zu anderen EG-Mitgliedstaaten: gewisse bilaterale Agraranliegen wie veterinarrechtliche Voraussetzungen für die Zulassung von Exporten von Schweinefleisch aus Spanien, zollmassige Gleichbehandlung von Manchego-Käse mit anderen Schafskasen aus den EG-Mitgliedstaaten, Alkohol-Monopolgebuhr auf spanischen Brandy sowie auf bestimmte Weinspezialitaten und Fragen des Personenverkehrs) wären durch den EWR geregelt worden. (NB: Die politische Bereitschaft der Schweiz, den spezifischen Anliegen Spaniens entgegenzukommen, wurde anlässlich des Besuches von Bundesrat Cotti in Spanien vom 13. / 14. September 1993 signalisiert.) Spanien hat übrigens den Zugang für Bündner Käse gewährt.

Im Bereich der bilateralen Verhandlungen Schweiz-EG zitiert Herr Carderera Auszüge der Mitteilung der EG-Kommission über die Beziehungen Schweiz-EG vom 14. September 1993: Punkt 10: "... Il serait inopportun que la Suisse recueille tous les avantages d'un accord qu'elle a rejete et dont l'entrée en vigueur a été de ce fait si longtemps retardée." und Punkt 11: "Il est évident que tout renforcement de la coopération devra s'opérer sur la base d'un équilibre global des avantages réciproques....." und bemerkt, dass diese Punkte die spanische Haltung in diesem Bereich zusammenfassen.

Spanien ist mit der Aufnahme bilateralen Verhandlungen einverstanden, ist aber gegen einen "EEE à la carte" und wird sich dafür einsetzen, dass die gegenseitigen Interessen berücksichtigt und die Ausgeglichenheit der gegenseitigen Vorteile sichergestellt werden und dass eine Gesamtwertung der verschiedenen Abkommen vorgenommen werden wird.

Botschafter Schaller bemerkt, dass die Freizügigkeit der Personen auch Vorteile für die Schweizer mit sich bringt, aber dass Spanien zusätzlich im gewünschten Paket Transport/Freizügigkeit der Personen auch Zugeständnisse im Agrarbereich anstrebt und plädiert dafür, dass die Verhandlungen sektorenweise verlaufen.

Herr Onken stellt die Frage, ob die EG auf die Regelung des Bereiches der Freizügigkeit der Personen insbesondere für Spanien besteht. Herr Cavely erkundigt sich über das Einwanderungsproblem aus dem Maghreb. Herr Rüesch wirft die Frage auf, welche konkreten Probleme die Spanier in der Schweiz haben.

Herr Carderera führt aus, dass das Hauptinteresse Spaniens die Freizügigkeit der Arbeitnehmer betrifft, mehr als die Freizügigkeit der Personen. Die Schweiz ist das Land ausserhalb der EG, in dem die meisten Spanier arbeiten. (NB: Ende 1992 lebten 14 406 Schweizer in Spanien. Die spanische Gemeinschaft in der Schweiz umfasste 112.921 spanische Staatsangehörige - darunter Wohnbevölkerung: 104682, aktive Bevölkerung: 79'458.) Die bestehenden Probleme betreffen vor allem die Ungleichbehandlung im Bereich der sozialen Sicherheit. Beispielsweise werden die Deutschen besser behandelt als die Spanier und die Ausfuhr der Arbeitslosenversicherung ist für Italiener besser geregelt als für Spanier. Spanien wünscht vor allem eine qualitative Verbesserung der Stellung spanischer Emigranten in der Schweiz, die zumindest derjenigen anderer Emigranten in der Schweiz ebenbürtig sein müsse, d.h. Gleichbehandlung in einer ersten Phase und in einer zweiten Phase eine Regelung, wie dies im EWR vorgesehen war (Freizügigkeit der Personen nach Ablauf der Uebergangsfristen). Wenn die Verhandlungen im Bereich des Transportwesens Zugeständnisse mit sich bringen sollten, wird sich Spanien dafür einsetzen, die gleichen Vorteile wie im EWR im Bereich des Personenverkehrs auszuhandeln. Die spanischen Regelungen betreffend die Einwanderung aus dem Maghreb sind für diesen Bereich nicht ausschlaggebend, die Verhandlungsgrundlage ist der EWR. Herr Carderera zeigt sich zuversichtlich, dass eine Lösung gefunden werden kann, die den Interessen Spaniens und der EG Rechnung trägt.

Herr Botschafter Schaller hebt hervor, dass die Schweiz ihren politischen Willen kundgegeben hat. Ein Treffen mit einer Delegation des OFIAMT fand am 3./4. Oktober 1993 statt.

Abschliessend weist Herr Cavely darauf hin, dass die Schweiz mit dem Bau der NEAT einen wichtigen Beitrag für Europa leistet.

2. Gespräch mit Herrn José Maria Pons Irazazabal, Direktor des Internationalen Departements der "Presidencia del Gobierno" (Cabinet du chef du gouvernement) und Herrn Miguel Angel Navarro, Assessor im Kabinett des Regierungschefs (Moncloa - Regierungsgebäude)

Bei diesem Treffen stehen die Fragen der EG-Erweiterung und die Reform der Institutionen der EG im Vordergrund.

Herr Pons hält einleitend fest, dass er der Schweiz gegenüber sehr positiv eingestellt ist. Er war drei Jahre in Bern.

Spanien erhofft sich durch das Inkrafttreten der Maastrichter Verträge mehr Dynamismus für die Wirtschafts- und Währungsunion und einen Anstoss zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise. Spanien ist durchaus für die Erweiterung der EG; dies wurde auch von Felipe Gonzalez letzte Woche in Bonn bestätigt.

Voraussetzung ist jedoch, dass die Beitrittskandidaten für einen Beitritt bereit sind, was von ihrem eigenen Willen abhängt und wofür sie selbst die Verantwortung tragen.

Auf eine Frage von Herr Caveltly betreffend Sonderregelungen, insbesondere für Luxemburg im Bereich des Personenverkehrs, bemerkt Herr Pons, dass Luxemburg eine Uebergangsbestimmung für Ausländer hatte und dass es bei Beitrittsverhandlungen möglich sei, Uebergangsbestimmungen auszuhandeln.

Das EG-Recht (acquis) muss jedoch übernommen werden, man kann lediglich darüber verhandeln, wie und wann das EG-Recht angewandt wird, aber nicht über dessen Uebernahme. Die Verhandlungen werden jetzt für einen Beitritt zur Europäischen Union geführt, dies ist die Bedingung für neue Mitglieder, auch wenn Dänemark und England Ausnahmeregelungen zugestanden wurden.

Sonderregelungen und bestimmte Anpassungen stellen kein Problem dar, wenn sie auch für andere Länder angewandt werden können. Es ist schwierig, eine Sonderregelung für ein einziges Land auszuhandeln. Spanien setzt sich beispielsweise stark für den Kohäsionsfonds ein, dieser kommt aber auch Portugal, Griechenland und Island zugute.

In Beantwortung einer Frage Botschafter Schallers, ob bei den laufenden Beitrittsverhandlungen schon über Uebergangsbestimmungen verhandelt wird, bemerkt Herr Pons, dass die schwierigen Fragen immer am Schluss behandelt werden. Vier Kapitel, die die wenigsten Schwierigkeiten bereiten, sind fast abgeschlossen. Es handelt sich dabei über Bestimmungen, die schon im EWR enthalten sind (EWR-Acquis). Die schwierigeren Bereiche (Europäische Union, Institutionelles) sind noch nicht abgeschlossen. Auch in den EWR-Bereichen tauchten Probleme auf, wie die Regional- und Landwirtschaftspolitik. Die neuen Mitglieder müssen Anstrengungen machen. Nach spanischer Sicht gibt es für Finnland weniger Probleme als für Oesterreich, Norwegen und Schweden. Die öffentliche Meinung in diesen Ländern scheint auch nicht klar zu sein.

Auf eine Frage von Herrn Bloetzer betreffend den Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten führt Herr Pons aus, dass der politische Wille der EG besteht, dass aber ein verfrühter Beitritt dieser Staaten auch von ihnen selbst nicht verantwortet werden könnte, denn dies wäre eine Schock für ihre Wirtschaft und würde ein hohes Risiko mit sich bringen. Spanien hat beispielsweise acht Jahre verhandelt. Vorerst sollen diese Länder "beitrittsfähig" gemacht werden, durch politische Zusammenarbeit, Erklärungen und Hilfe, damit die Beitrittsbedingungen so rasch wie möglich erfüllt werden können. Im weiteren sollen Sicherheitsgarantien zugesichert werden, wie z.B. ein Assoziationsabkommen mit der NATO (keine Erweiterung der NATO).

In Beantwortung einer Frage von Herrn Rüesch betreffend Kleinstaaten wie Liechtenstein antwortet Herr Pons, dass Liechtenstein sehr klein ist und dass durch einen Beitritt eines solchen Kleinstaates institutionelle und funktionelle Probleme entstehen würden.

Auf eine Frage von Herrn Cavadini betreffend die Beziehungen EG-Gatt-Verhandlungen bemerkt Herr Pons, dass diese Verhandlungen die Schwierigkeit aber auch die Bedeutung der gemeinsamen Arbeit aufzeigen. Kein einzelnes Land, wie z.B. Frankreich, soll isoliert werden, deshalb unterstützt Spanien die französische Position, solange dies - im Hinblick auf das gemeinsame Interesse - möglich ist. Spanien hat im Landwirtschaftsbereich (Agrarprodukte der Mittelmeerländer) eher Probleme mit der EG und nicht mit Amerika.

In Beantwortung von Fragen der Herren Onken und Schiesser über die institutionellen Reformen (kleine und grössere EG-Mitgliedstaaten) führt Herr Pons aus, dass jede Erweiterung der EG Schwierigkeiten mit sich bringt (6 - 9 - 10 - 12), jetzt werden noch vier Staaten dazu kommen. Die EG macht sich darüber Gedanken, aber die Grossen dürfen sich nicht gegen die Kleinen wehren. Elf kleine Mitgliedstaaten, mit 20% der Bevölkerung, könnten den Grossen einen Entscheid aufdrängen. Er glaubt nicht an solche Entscheide, wenn diese gegen den Willen von Frankreich, Deutschland, Italien, England und Spanien durchgesetzt werden, aber das Gegenteil ist auch nicht möglich. Die Arbeitsweise der EG muss im Hinblick auf die Effizienz geregelt werden.

Die Fragen sind offen: soll es 30 Kommissare geben, mehr Richter im Europäischen Gerichtshof, mehr als 1000 Abgeordnete im Europäischen Parlament? Zudem kommt die Sprachenfrage, die mit den Strukturproblemen in einem gewissen Zusammenhang steht. Herr Pons erachtet, dass es vor der nächsten Erweiterung keine grosse institutionelle Reform geben wird, diese wird mit Teilnahme der jetzigen Beitrittskandidaten stattfinden. Jetzt macht man sich darüber Gedanken, ob z.B. ein qualifiziertes Mehr im EG-Ministerrat eingeführt werden soll; man muss jedoch das aktuelle Gleichgewicht beachten.

Abschliessend bittet Herr Pons die Delegation, die spanischen Anliegen in der Schweiz zu wahren.

3. Treffen mit Frau Mercedes Rico Carabias, Generaldirektorin der Abteilung Aussenpolitik Europa und weiteren hohen Beamte (Aussenministerium)

Im Mittelpunkt der Gespräche stehen die Europäische Sicherheitspolitik, die Erweiterung der NATO, die Entwicklung im Maghreb und die Blauhelmtuppen Spaniens.

Die spanischen Gesprächspartner weisen darauf hin, dass Spanien und die Schweiz im allgemeinen gute Beziehungen haben; wenn es kleinere Probleme gibt, wird immer versucht, zu verhandeln.

Spanien ist NATO-Mitglied seit 1982. Am 12.3.1986 (NATO-Referendum) sprach sich die Mehrheit für den Verbleib in der Atlantischen Allianz aus. Am 27.4.1989 trat Spanien zur Westeuropäischen Union (WEU) bei.

Auf eine Frage von Herrn Rüesch, ob Spanien die Schweiz als Mitglieder der NATO sehen würde, bemerken die spanischen Gesprächspartner, dass man über die Erweiterung der NATO nachdenken muss, auch Präsident Eltsine hat seine Erklärung in Warschau relativiert. Spanien ist nicht gegen eine Erweiterung der NATO, aber die prioritären Fragen, die sich nach dem Fall der Berliner Mauer stellen betreffen die Rolle und die Aufgaben der NATO. Erst wenn diese Fragen gelöst sind, stellt sich die Frage der Erweiterung.

Das Inkrafttreten der Europäischen Union mit der gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik - und der zu einem späteren Zeitpunkt vorgesehenen gemeinsamen Verteidigungspolitik und der gemeinsamen Verteidigung - bringt auch Schwierigkeiten für die EG-Mitgliedstaaten mit sich. Irland ist beispielsweise nicht Mitglied der WEU, aber die WEU soll die Grundlage der Europäischen Sicherheitspolitik werden.

Auf eine Frage von Frau Rico, wie sich die Schweiz zur WEU stellt (sie meint, eine Annäherung der Schweiz an die WEU sei logischer als eine Annäherung zur NATO), antwortet Botschafter Schaller, dass diese Frage offen sei und weist auf den bald zu erwartenden Bericht des Bundesrates über die Aussenpolitik der Schweiz hin.

Herr Bloetzer verweist auch auf eine neue Definition der Neutralität, die Neutralität als Instrument der Sicherheit. Das schweizerische Parlament wird im kommenden Jahr eine aussenpolitische Standortbestimmung vornehmen.

Die spanischen Gesprächspartner führen aus, dass für Spanien, neben der Europapolitik, die Priorität hat, das Verhältnis zu Lateinamerika und zum Maghreb die Schwerpunkte der spanischen Aussenpolitik darstellen. Im Rahmen der NATO und der WEU engagiert sich Spanien aktiv an der Suche nach einer neuen europäischen Sicherheitspolitik. Der Mittelmeerraum stellt eine sehr sensible Grenze dar. Spanien setzt sich stark für die Respektierung der Menschenrechte ein, im Maghreb bestehen jedoch grosse Probleme, das Bevölkerungswachstum, die Fortschritte des Fundamentalismus (nicht nur im Iran!), die Arbeitslosigkeit, Mangel an Unterkunft usw. Es herrscht viel Unzufriedenheit, die europäischen Grundsätze werden verworfen, der Graben wird alle Tage grösser.

Europa muss die Demokratie, die Marktwirtschaft erklären. Wenn wir keine Hilfe bringen, wenn wir die Einwanderer nicht aufnehmen, wenn wir die Importe aus diesen Ländern verhindern, wird es zu einer politischen und sozialen Explosion kommen. Wir müssen versuchen, dass die Bevölkerung im Lande bleibt, durch Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und des sozialen Friedens. Natürlich sind die Probleme in ex-Jugoslawien, in Russland usw. sehr gross, aber der Süden des Mittelmeers darf nicht vergessen werden. Die für Nordafrika vorgesehene Hilfe wird nun zugunsten des Mittelostfriedensprozesses gehen (der im Oktober 1991 in Madrid begonnen wurde !), dies ist auch wichtig, aber die Lage in Nordafrika ist ebenfalls explosiv. Die nordischen EG-Länder sind weit weg vom Maghreb, aber mit dem Schengen-Abkommen haben auch sie direktes Interesse an der Lösung dieser Probleme, die solidarisch getragen werden muss.

Das Projekt der Zusammenarbeit betreffend Emigration, Kooperation, usw., zwischen Italien, Portugal, Frankreich, Spanien, Malta und der Maghrebischen Union (Algerien, Marokko, Tunesien, Mauretanien und Libyen) ist wegen der Lage mit Libyen (UNO-Sanktionen) zurzeit zum Stillstand gebracht. Die Araber denken auch, dass es einen "double standard" in der Behandlung Israels und Libyens gibt.

Die spanischen Blauhelmtuppen werden in UNO-Friedensmissionen insbesondere in Bosnien, Zentralamerika (Salvador) und im südlichen Afrika (Mosambik) eingesetzt. Am Anfang nahm Spanien als Beobachter teil, die Erfahrungen über ihren Einsatz in ex-Jugoslawien sind kurz, aber positiv. Die Zusammensetzung (freiwillige Teilnahme) ist wie folgt: 60 % Berufssoldaten, 40 % normale Wehrpflichtige. Es gibt mehr Bewerbungen als Bedarf. Es waren 10 Tote zu bedauern. Man denkt daran, Wehrdienstverweigerer als Freiwillige zu engagieren und Zivilpersonen für humanitäre und zivile Aufgaben.

Eine Operation dauert 6 Monate. Die Zurückerstattung der UNO beträgt für Spanien nur ein Drittel der effektiven Kosten, die UNO bezahlt auch sehr spät. Für Pakistan beispielsweise beträgt die Vergütung mehr als die effektiven Kosten, dazu kommt, dass Deutschland die Ausrüstung für Pakistan bezahlt.

Auf eine Frage von Herrn Onken, warum keine Spanier in Somalia sind, wird ausgeführt, dass die spanischen Streitkräfte beschränkt sind und dass sich in ex-Jugoslawien schon ein verstärktes Bataillon befindet (1250 Männer). Im weiteren stellt Spanien der EG, der KSZE und der WEU Beobachter zur Verfügung.

4. Gespräch mit EFTA- und EG-Botschaftern (Teilnehmer s. Programm)

Die Gesprächsthemen sind: Information über den Stand der schweizerischen integrationspolitischen Anstrengungen, die Rolle einer EG- resp. EFTA-Botschaft in einem EG-Mitgliedstaat und die Erfahrungen eines EG-Mitgliedes oder EG-Beitrittskandidaten im Umgang mit Spanien.

5. Gespräch mit Herrn Antonio Llarden Carratala, Subsecretario Herrn Manuel Panadero Lopez, Generalsekretär Transportwesen Herrn Miguel Cruz Amoros, Direktor des Kabinetts des Ministers Frau José Gomez, Vizegeneraldirektorin Internationale Beziehungen Ministerium für Oeffentliche Bauten, Transport und Umwelt

Der Minister, Herr José Borrell Fontelles, ist durch den Tod seines Vaters verhindert. Die Delegation spricht ihr Beileid aus.

Im Mittelpunkt des Meinungsaustausches stehen die Politik der EG im Transportbereich im allgemeinen, die spezifischen schweizerischen Interessen (Abschluss von bilateralen Abkommen mit der EG betreffend Luft- und Strassenverkehr) und das Transitabkommen Schweiz-EG vom 3. Dezember 1991.

Herr Caveltly hält einleitend fest, dass am Transitabkommen Schweiz-EG festgehalten werden muss. Herr Panadero bemerkt, dass das Transitabkommen und der Bau der NEAT für Spanien nicht besonders wichtig sind, dass Spanien aber die EG-Politik und in diesem Bereich insbesondere Deutschland, Italien und auch Holland vollständig unterstützt.

Für das EWR-Nein der Schweiz hat Spanien Verständnis, es ist Ausdruck der Souveränität des Volkes und der Schweiz dürfen dafür keine Sanktionen aufgelegt werden. Spanien ist jedoch im Bereich der bilateralen Verhandlungen an Paket-Bildungen interessiert und setzt sich für globale Verhandlungen ein, da gewisse Zusammenhänge bestehen müssen. Zwischen der EG und der Schweiz bestehen keine grösseren Probleme. Für Spanien besteht jedoch das kleinere Problem der spanischen Arbeitnehmer in der Schweiz, deshalb soll diese Frage bei den Luft- und Strassenverhandlungen einbezogen werden. Spanien setzt sich für eine ausgewogene Lösung ein, unter Berücksichtigung der gegenseitigen Interessen, ist gegen Verhandlungen "à la carte" und hat diese Meinung auch im letzten EG-Ministerrat vertreten. Die einzelnen Bereiche können getrennt verhandelt werden, aber die globalen Aspekte müssen gelöst werden. Die bilateralen Verhandlungen können rasch durchgezogen werden, man will keine Missstimmung in der schweizerischen Bevölkerung schaffen.

Herr Bloetzer bemerkt, dass die Regierung und das Parlament für den EWR waren. Die Transportpolitik ist ein gesamteuropäisches Problem, die Infrastruktur wird benötigt, um den wirtschaftlichen und kulturellen Austausch zu gewährleisten. In der Schweiz werden schon 80% der Waren mit dem Zug transportiert.

Herr Panadera führt aus, dass sich Spanien im Transportbereich neutral verhält, aber er ist trotzdem skeptisch gegenüber dem Transportabkommen, das geschlossenen Charakter hat. Die 40 t LKW der Schweiz können in Europa fahren, aber die 40 t LKW aus Europa können nicht durch die Schweiz fahren. Ein solches Abkommen ist den Spediteuren schwierig erklärbar.

Wenn jetzt Verhandlungen über nur ein Thema stattfinden sollen - das kein besonderes Interesse für Spanien hat - sollen die globalen Gesichtspunkte berücksichtigt werden, sonst wird die EG-Kommission kein Verhandlungsmandat erhalten und dies ist nicht nur die Meinung Spaniens.

Herr Onken bemerkt, dass der Transitvertrag immer noch in Kraft ist. Die Schweiz hat 16 Verhandlungsbereiche beantragt, darunter andere Bereiche die vielleicht wichtiger sind als der Luftverkehr. Je mehr über die 40 t LKW's diskutiert wird, besteht die Gefahr, dass die spanischen Interessen um so weniger berücksichtigt werden würden.

Herr Panadero führt aus, dass die Transitvertragsverhandlungen gleichzeitig mit den EWR-Verhandlungen stattfanden. Es gab auch Probleme mit Oesterreich und Griechenland. Ausser dem Zugang zur europäischen Kabotage könnte man auch bilateral verhandeln, d.h. ohne die EG-Kommission - aber im Bereich der Kabotage gibt es Probleme wegen der Rechtsgrundlage. Bei Teilverhandlungen wären die EG (und Spanien) Verlierer, deshalb soll eine globale Lösung angestrebt werden. Die "Salami-Taktik" bringt nicht die besten Resultate. Die Gefahr besteht auch, dass andere EWR-Länder Teilabkommen wünschen könnten.

Herr Schiesser verweist auf die Klausel betreffend das Luftverkehrsabkommen im Transitabkommen. Darauf bemerkt Herr Panadero, dass ein Ungleichgewicht zwischen dem Zugang der Schweiz (Swissair) zum EG-Markt und dem Zugang der europäischen Luftgemeinschaften zum schweizerischen Markt besteht; deshalb ist der Luftverkehr allein für die EG nicht von Interesse.

Herr Caveltly führt aus, dass die Schweiz durch die NEAT eine äusserst grosse Leistung bringt.

Herr Lladen fasst die Stellung Spaniens wie folgt zusammen: Spanien hat für die Schweiz Verständnis, die Schweiz darf nicht gestraft werden und Verhandlungen müssen geführt werden. Spanien ist mit der EG solidarisch, hat Verständnis für die prioritären Interessen der Schweiz, aber die EG (und Spanien) haben auch Probleme und Prioritäten. Es wird grosser Flexibilität brauchen und die Verhandlungen werden nicht leicht sein.

6. Treffen mit Herrn José Bevia Pastor, Erster Vizepräsident der Deputiertenkammer des Kongresses (Parlamentsgebäude)

Herr Bevia Pastor entschuldigt den Präsidenten der Deputiertenkammer und der Cortes, Herrn Felix Pons Irazabal (PSOE); jeden Dienstag findet eine Sitzung des Präsidiums der Deputiertenkammer statt, um die Plenarsitzung der kommenden zwei Wochen festzulegen.

Herr Caveltly erklärt die Situation der Schweiz und hebt hervor, dass sie mit der NEAT einen wichtigen und kostenaufwendigen Beitrag zu Europa leistet.

Herr Bevia Pastor bemerkt, dass er nach der intensiven Wahlkampagne (Parlamentswahlen vom 6. Juni 1993) einen Unfall hatte. Deshalb benötigt er für einige Zeit Stützen. Er meint, die EWR-Abstimmung in der Schweiz sei auch eine Art Unfall gewesen und die Schweiz brauche ebenfalls - für einige Zeit - Stützen. Das spanische Parlament verfolgt mit grossem Interesse die Entwicklung in der Schweiz. Die Schweiz befindet sich in der Mitte Europas und kann nicht abseits stehen. Er hat Vertrauen in die politischen Kräfte in der Schweiz.

Er gibt dem festen Willen Spaniens Ausdruck, zu einem Abkommen zu kommen. (Sein Freund in der Schweiz kann keinen Serrano-Schinken mitnehmen !) Das Parlament ist um die Gleichbehandlung der Arbeitnehmer in der Schweiz besorgt. Spanien hat in der EG ein gewisses Gewicht und wird die Schweiz unterstützen. Die EG setzt sich nicht nur aus Händlern zusammen, sondern auch aus Bürgern.

Herr Rüesch hebt hervor, dass die Schweiz allein für die NEAT bezahlt.

Herr Bevia Pastor meint, die NEAT sei ein wirtschaftlich - finanzieller Kompromiss. Er ist überzeugt davon, dass das Schweizer Volk seinen Entscheid revidieren wird und kann ein Europa ohne die Schweiz nicht verstehen.

Herr Bloetzer bekräftigt, dass die Schweiz solidarisch mit Europa ist und auch Interesse an einem starken Europa hat. Sie trägt dazu bei, die Grenzen zu öffnen, indem sie durch ihre Transportpolitik die nötige Infrastruktur zur Verfügung stellt.

Herr Bevia Pastor weist darauf hin, dass die Ratifikation des EWR-Abkommens in Spanien Ende 1992 praktisch abgeschlossen war, es fehlte nur noch die Abstimmung des Senates. Nach dem EWR-Nein der Schweiz wurde die Vorlage zurückgezogen und wird erneut in der jetzigen neuen Legislaturperiode behandelt. Die Deputiertenkammer hat das EWR-Abkommen am 20.10.1993 ratifiziert. Jetzt fehlt die Abstimmung des Senates, die im kommenden Monat vor sich gehen wird. Anschliessend wird die Ratifikation durch den Cortes vorgenommen werden. Die Behandlung der EWR-Vorlagen, war so wichtig, dass sie sogar der Budgetdiskussion vorgezogen wurden (normalerweise wird kein anderes Thema vor dem Budget behandelt). Es gab nur einen Aenderungsantrag eines Abgeordneten der "Grupo mixto" (regionale Partei), betreffend die Ausfuhr der Agrarprodukte. Die Volkspartei (PP) hat die Anwesenheit des Aussenministers beantragt, um Informationen zu geben. Dann gab es keine Aenderungsanträge. (Normalerweise kommt der Minister erst, wenn die Aenderungsanträge eingereicht sind.)

Auf eine Frage von Herrn Cavadini führt Herr Bevia Pastor aus, dass die europäische Integration (EG, Europäische Union) kein starkes Element im Abstimmungskampf für die Wahlen vom 6. Juni 1993 gewesen ist. Nur die "Vereinigte Linke" (insgesamt 18 Stimmen) enthielt sich teilweise und stimmte teilweise gegen die Europäischen Union. Spanien sieht die europäische Integration als Unterstützung zur Lösung der Probleme Spaniens, wie z.B. die hohe Arbeitslosigkeit. Es besteht ein breiter proeuropäischer Konsens.

7. Treffen mit dem Präsidenten (Herr H. Sole Tura - Sozialistische Arbeiterpartei PSOE) und Mitgliedern der Aussenpolitischen Kommission der Deputiertenkammer des Kongresses und dem Präsidenten (Herr Oreja - Volkspartei - PP) der Gemischten Kommission für die EG (Deputiertenkammer und Senat) (Teilnehmer s. Programm)

Ein Vertreter der Oppositionspartei (PP) führt aus, dass es im Jahre 1992 für Spanien zwei Enttäuschungen gab: Das erste Nein Dänemarks zum Unionsvertrag und das Nein der Schweiz zum EWR. Die PP ist bereit, alle Instrumente - bilaterale und multilaterale - zu berücksichtigen, um die Schweiz in der EG zu sehen. Die Schweiz ist als Mitglied der Europäischen Union willkommen. Er meint, es sei für die Schweiz besser, direkt der EG beizutreten und nicht auf den EWR zu bestehen. Er stellt die Frage, warum es zum EWR-Nein kam (Neutralität, Europäische Union, Beziehungen Schweiz-UNO?).

Herr Cavadini gibt einige Erläuterungen zum EWR-Nein: Der Unterschied der Stimmen der Bevölkerung war nur 40 000, aber die Mehrheit der Kantone - insbesondere die deutschsprachigen - stimmte Nein. Man stimmte nicht über dasselbe ab: in der Deutschschweiz wurde über das Image der traditionellen Schweiz abgestimmt, in der französischen Schweiz über den EWR, im Tessin über die Beziehungen zu Italien. Im weiteren war das Volk nicht gut vorbereitet. Die Deutschschweizer wollen sich von Deutschland unterscheiden. Ein Alleingang der Schweiz ist unmöglich, eine EWR - Initiative wurde eingereicht (2 Jahre Bearbeitungsfrist). Eine andere Angst der Schweiz ist auch das zunehmende Gewicht der grossen EG-Mitglieder gegenüber der Kleinen.

Herr Onken bemerkt, dass der EWR auch verworfen wurde, weil er auf einer wirtschaftlichen Grundlage beruht und die politische Dimension fehlte. Auch in der Schweiz braucht es eine politische Vision Europas und nicht nur eine wirtschaftliche. Die Schweiz möchte die Grundsätze des Föderalismus und der Subsidiarität auch in der EG sehen; die Entwicklung in der EG führt schon in diese Richtung. Jeder Schritt der EG in diesem Sinne wird das schweizerische Volk davon überzeugen, dass die Europäische Union die Garantie für Frieden in Europa darstellt. Was die Beziehungen Schweiz - Deutschland betrifft, bemerkt er, dass die älteren Leute die 2 Weltkriege nicht vergessen haben.

Herr Bloetzer fügt an, dass es, um Subsidiarität und Demokratie zu verwirklichen, eine starke Wirtschaft braucht, man muss daher auf beiden Seiten arbeiten. Er ergänzt, dass die Schweiz an seiner Politik der internationalen Solidarität festhält ("Esprit de Genève", Rotes Kreuz, usw.). Herr Rüesch bemerkt, dass das Nein zum EWR nicht Nein zu Europa heisst, da die Schweizer Ja zur NEAT gesagt haben. Die Abstimmung war für eine unabhängige Schweiz, aber eine absolute Unabhängigkeit ist eine Illusion. Jetzt gilt es, Informationsarbeit zu leisten und die Ängste zu zerstören. Die Angst vor ausländischen Arbeitern war teilweise auch entscheidend. Herr Cavelti bemerkt ergänzend, dass es mehr Neinstimmen wegen der Deutschen gab als wegen der Spanier.

Auf eine Bemerkung von Herrn Schiesser betreffend das Problem, dass das Volk nicht dem Parlament folgt (er hatte auch Herrn Kohl im Europarat die Frage gestellt) antwortet Herr Sole Tura, dass die Institutionen der EG für ein Europa zwischen zwei Blöcken bestimmt waren. Jetzt ist die Lage unklar, und die Frage ist, wie fährt man mit dem Projekt fort? Die Demokratisierung des Europäischen Parlamentes ist notwendig. Er stellt die Frage, was die Schweiz über die EG und den Föderalismus denkt.

Der Sprecher für die PSOE hebt hervor, dass seine Gruppe entschieden pro-europäisch eingestellt ist. Es ist jetzt wichtiger denn je, die europäische Tendenz beizubehalten; er gibt aber der Besorgnisse über die zukünftige Erweiterung Ausdruck. Die europäische Idee muss auch in der Bevölkerung verankert sein. Das Referendum in Frankreich ist ein schlechtes Beispiel, die Bürger haben nicht unbedingt über die Europäische Union abgestimmt. Vor der Erweiterung soll es institutionelle Reformen und stärkere Demokratisierung geben. Er stellt die Frage, wann die NEAT fertig sein wird und wie der Warentransport in der Zwischenzeit geregelt wird.

Der Vertreter der Vereinigten Linken (IU) stellt die Frage, ob der EWR für die Schweiz besser als die EG sei und weist darauf hin, dass der Beitritt jetzt zur Europäischen Union sei, mit Uebernahme des Acquis. Die Europäische Union genügt aber nicht, es sind noch Fortschritte zu machen, insbesondere im Bereich der sozialen Kohäsion, der Harmonisierung der Steuerpolitiken. Wie Uri, Schwyz und Unterwald die Schweiz gemacht haben, sollten wir Europa bauen.

Frau Tocino (PP) bemerkt, dass niemand an der Solidarität der Schweiz zweifelt. Sie erachtet, dass vielleicht die wirtschaftliche Lage zu sehr im Vordergrund steht und dass man die Bedeutung der Europäischen Union in politischer Hinsicht vergisst und stellt die Frage, welche Anstrengungen die Schweiz unternimmt, um die Angst um den Verlust der Souveränität zu entschärfen. Könnte der Spruch des Deutschen Bundesverfassungsgerichtes vom 12.10.1993 nicht dazu dienen, diese Angst zu beschwichtigen? Könnten die Erfahrungen, die die Schweiz Europa bringen kann (Föderalismus, Subsidiarität) nicht von Nutzen sein? Frau Tocino weist auf die präferentiellen Abkommen (im Landwirtschaftsbereich) der Schweiz mit der Türkei und mit Israel hin.

Herr Bloetzer regt an, im Bereich der organisierten Kriminalität und des Extremismus eine stärkere Zusammenarbeit zu fördern. Dazu bemerkt ein Vertreter der PP, dass die Schweiz der EG und den Schengener-Abkommen beitreten soll, da in diesem Rahmen eine effiziente Zusammenarbeit angestrebt wird. Ein Vertreter der Linken ergänzt, dass die Europäische Union ein Garant für Sicherheit und Frieden in Europa ist.

Herr Sole Tura hält fest, dass Spanien grosse Probleme mit den baskischen Terroristen hat, aber hofft, die Lage zu bewältigen. Die ETA hat im Juni einen Unternehmer entführt. Zur organisierten Kriminalität (Drogenhandel, Geldwäscherei) hat auch die Schweiz viel zu sagen. Die EG hat viele Probleme, die gelöst werden müssen. Während der Referendumskampagne in Frankreich hat man auch viel über Deutschland gesprochen. Man darf nicht Gefangene der Vergangenheit sein, denn sonst kommt man nicht vorwärts. Man muss vorwärts gehen - ein Rückschritt wäre Selbstmord.

Herr Oreja führt aus, dass vor allem im Bereich der Rechtszusammenarbeit und der Kriminalität und der intergouvernementalen Zusammenarbeit Fortschritte gemacht werden müssen. Ueber die Reform der Institutionen der EG ist sich die Regierung noch nicht im Klaren. Sie hat auch mit der portugiesischen Regierung darüber gesprochen und es scheint, dass man damit bis zum Beitritt der 4 Beitrittskandidaten warten soll. Seine Gruppe (PP) setzt sich für die notwendigen Änderungen für eine effiziente Arbeitsweise der EG vor 1996 ein.

8. Gespräch mit Herrn Sieber und Besuch seiner Hazienda "La Chirigota"

Herr Sieber ist seit 1961 offizieller Vertreter des Schweizerischen Hoteliervereins beim spanischen Auswanderungsamt, seit später auch Vertreter des Schweizerischen Wirteverbandes und des Baumeisterverbandes. Die Tätigkeit der Vertretung ist im bilateralen Rekrutierungsabkommen Spanien - Schweiz vom 2. Mai 1961 geregelt.

Spanien hat offiziell ca. 3.5 Millionen Arbeitslose. Trotz dieser bedeutenden Zahl besteht eine beträchtliche Einwanderung von Portugiesen und Marokkanern, die als Hilfsarbeiter Anstellung finden. Diese paradoxen Tatsachen sind dadurch zu erklären, dass Spanien eine weit ausgebaute Arbeitslosenversicherung hat und zudem Soziallöhne entrichtet, für Arbeiter die kein Anrecht auf Arbeitslosenentschädigung haben. Die Spanier ziehen es daher oft vor, diese Entschädigung voll auszunützen und sich nicht unbedingt für eine Arbeit zu bewerben.

In Spanien melden sich zurzeit wenige Bewerber zur zahlenmässigen Rekrutierung. Die namentliche Anwerbung durch Verwandte und Bekannte erfolgt weiterhin. Die Zahl der spanischen Saisonarbeiter in der Schweiz geht jedoch zurück.

Durch den Regionalen Entwicklungsfonds der EG werden unzählige Infrastrukturvorhaben finanziert. Die Olympischen Spiele in Barcelona und die Weltausstellung in Sevilla haben zusätzlich Anstoss zu grossen Bauvorhaben gegeben. Auf Grund des Zeitdrucks wurden im Baugewerbe zum Teil bedeutend höhere Nettolöhne ausgezahlt als in der Schweiz. In vielen Fällen wird nur der offizielle Minimallohn deklariert und der Rest schwarz ausgezahlt. Jetzt ist jedoch der Immobilienmarkt in der grössten Krise seit 15 Jahren.

Herr Sieber erachtet, dass die Schweiz bei Verzicht auf die Kontingentierungsmassnahmen nicht von spanischen Arbeitskräften überschwemmt würde. Die Rekrutierung in Spanien ist jetzt eher schwierig. Die Rückwanderungsquote ist derzeit höher als die Einwanderungsquote in die Schweiz. Der Zufluss von spanischen Fremdarbeitern in die Schweiz stagniert schon seit 1989.

Herr Sieber weist auf den Roman von Beat Sterchi "Blösch" hin, der die Erfahrungen eines spanischen Arbeiters in der Schweiz beschreibt.

III. SCHLUSSFOLGERUNGEN

Der Besuch der Delegation in Spanien kann als positiv bewertet werden (s. dazu auch Beilage 3, NZZ vom 29.10.1993). Für die Lösung der wichtigsten Anliegen Spaniens gegenüber der Schweiz (Bereinigung der "Altlasten", Verbesserung der Stellung der spanischen Arbeiter in der Schweiz) ist in der Schweiz der politische Wille vorhanden. Die Schweiz ist bereit, diese Fragen zu prüfen.

Die spanischen Gesprächspartner zeigten Verständnis für das EWR-Nein und Verständnis dafür, dass es in der Schweiz für die europäische Integration mehr als einen Anlauf benötigt. Die relativ harte Stellung Spaniens betreffend die bilateralen Verhandlungen Schweiz-EG, wonach Spanien die Absicht der EG-Kommission unterstützt, in den kommenden Verhandlungen mit der Schweiz ein ausgewogenes Gleichgewicht der Interessen zu wahren, geht darauf zurück, dass Spanien durch das EWR-Nein der Schweiz auf verschiedene erhoffte und hart ausgehandelte Verbesserungen gegenüber der aktuellen Lage verzichten musste. Man kann davon ausgehen, dass Spanien bei den kommenden bilateralen Verhandlungen Schweiz-EG seine Interessen mit Vehemenz vertreten wird.

Spanien steht vor grossen Aufgaben, vor allem die Bewältigung der Wirtschaftskrise. Zu diesem Zweck strebt Spanien unter anderem den Abschluss eines Sozialpaktes an und hofft, dass das Inkrafttreten der Europäischen Union zusätzlichen Dynamismus mit sich bringen wird. Der Regionalpolitik wird grosse Bedeutung zugemessen. Diese föderalistische Entwicklung wird in Spanien nicht als Gegensatz zur Einigungstendenz in der EG gesehen, sondern im Gegenteil wird die EG als hilfreiches Gegengewicht zur eigenen Zentralregierung betrachtet.

Als sich Spanien Anfang der siebziger Jahre (wie auch Griechenland und Portugal) zur EG wandte, erschien diese als einziger sicherer Anhaltspunkt für die neue Demokratie. Es bestand die Absicht, sich definitiv im Kreis der westeuropäischen Demokratien zu verankern, was auch gelungen ist. Spanien stellte das EG-Beitritts-gesuch am 28. Juli 1977, die Beitrittsakte wurde in Madrid am 12. Juni 1985 unterzeichnet. Spanien versteht sein Rolle innerhalb der EG auch als wichtige Brücke zum Mittelmeerraum und zu Lateinamerika.

Spanien hat anlässlich des EG-Rates in Birmingham (1992) eine Erhöhung der Struktur-gelder erreicht: Von 1994 bis 1999 sollen insgesamt 141 Mia. ECU (= 243 Mia. Fr.) in Infrastrukturprojekte in den strukturschwachen Regionen der EG fliessen. Das bedeutet eine Verdoppelung der bisherigen Struktur-gelder.

Zusätzlich werden die Kohäsionsländer Spanien, Portugal, Griechenland und Irland in den Genuss eines exklusiv für sie bestimmten, neu mit 15.5. Mia. ECU dotierten Kohäsionsfonds gelangen. Es herrscht ein breiter pro-europäischer Konsens zwischen Parteien, Regierung und Bevölkerung. Die Spanier fühlen sich als Europäer, sind aber zweifellos immer noch Spanier.

Bern, den 15. November 1993

Im Namen der Delegation

L.M. Cavelty
Präsident der Aussenpolitischen
Kommission

Beilagen:

Beilage 1: Programm

Beilage 2: Pressemitteilung vom 29. Oktober 1993

Beilage 3: Artikel NZZ vom 29. Oktober 1993